

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 2,20 Mark, vierteljährlich
6,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark
ausw. Zustellungsgebühr, Einzel-
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsver-
zeichnis unter Koale-Zeitung eingetrag-
en. Für unentgeltlich eingegange-
ne Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Coale-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Redaktions-Nr. 1142
des Anzeigers-Halbes. Nr. 1133
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Coale-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werbe d. 3. gef. 30. März br. Müll-
meterelle oder deren Raum mit
20 Pf. berechnung u. in ungenü-
gen Nachrichten u. allen Anzei-
geschäften angemessen. Reflektoren
die 20 cm br. Millimeterweite 20 Pf.
Anzeigen Anzeigen d. 3. vor
11 Uhr für die Sonntags-Nr. 20 Pf.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erschienen
täglich 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
u. Haupt-Veranstalter: Halle,
Neue Dreismannstr. 10, Dr. Braun-
hausler, 17. Lebens-Geschäfts-Nr.
Markt 24 und Große Ulrichstr. 32.

Nr. 541.

Halle, Dienstag, den 18. November.

1919.

Die Wahlen in Frankreich.

Abermals ein militärischer Zwischenfall um Hindenburg. — Neue Geldstrafe für Helfferich.

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtnachricht.) Der frühere Reichspräsident Behrmann soll vorgestern in seiner Ansprache vor dem Reichspräsidenten Wilson vom 12. Dezember wurde dessen Friedenspolitik überhaup durch die Stellung der Gewichte zur Friedensstrategie durch den Abdruck auf diese Notiz und auf unser Friedensangebot public juris gemacht ist. Das der Wilson-Botschaft vom 9. Januar ohne Kenntnis des Reichstages geht worden ist, folgt notwendig aus dem Charakter dieses Befehles als der Entscheidung über eine militärische Aktion. Um den Erfolg dieser Aktion nach Möglichkeit zu sichern, mußte sie soweit dies in der Nacht der zuständigen Stellen stand, vor aller Welt geheimgehalten werden. Manriffe gegen die Geheimhaltung könnten nur darauf gerichtet werden, daß die verantwortlichen Stellen die politische und militärische Zwangslage, von der ich wiederholt gesprochen habe, mit Unrecht als vorläufig angenommen hätten, mit anderen Worten auf meine Stellung gemünzt, ob ich zu offeneren Unrecht am 9. Januar annahm, daß die Entente nicht verhandlungsbereit ist. Über dieses Thema ist sehr ausführlich und wiederholt gesprochen worden, ob ich ich heute nicht mehr darauf einzugehen brauche. Ebenso habe ich mich eingehend darüber ausgesprochen, weshalb ich aus keinem der Vorzüge der Forderung ist bis zum 22. Januar, dem Tage der Kriegserklärung, einschließlich eine grundsätzliche Veränderung der Situation folgern zu können erlaubt habe. Ueber die Ereignisse aber, welche sich an das Telegramm des Grafen Bernstorff vom 28. Januar angeschlossen, habe ich, sobald es mir möglich war, die Parteien informiert. Falls ich also alles noch einmal zusammen fasst, so ergibt sich, daß die Geheimhaltung unserer Schritte in Washington

Die ersten Wahlergebnisse aus Frankreich.

WTB. Paris, 17. November. (Eig. Drahtnachricht.) Zur 11 Uhr waren 200 Wahlergebnisse bekannt. Davon erhielten die Republikaner der Linken 54 Sitze, davon 39 neue, die Radikalen 23 (11), die Sozialist-Radikalen 35 (15), die sozialistischen Republikaner 9 (3), die unaffilierten Sozialisten 15 (6), die Progressisten 21 (18), die Action Libérale 25 (20), die Konservativen 14 (9). Die Radikalen gewinnen 13 und verlieren 6, die Sozialist-Radikalen gewinnen 4 und verlieren 8, die unaffilierten Sozialisten gewinnen 3, verlieren 19, die Progressisten gewinnen 17, ebenso gewinnt die Action Libérale 17, die Konservativen gewinnen 5 und verlieren 4 Sitze.

Neue deutsche nationale Demonstrationen?

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtnachricht.) Zurzeitigen Nachrichten zufolge, die der Sicherheitswehr ausgegangen sind, scheinen die Demonstrationen die feste Absicht zu haben, das morgige Ereignis des General-Feldmarschalls v. Hindenburg vor dem Untersuchungsgericht zu großen Demonstrationen zu benutzen. Die Sicherheitswehr hat deshalb vom Oberkommando in den Wahlen den Auftrag erhalten, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um diese Demonstrationen zu verhindern. Für den morgigen Tag scheinen sich auch die Kommunisten zu rufen. In einer kommunistischen Versammlung wurde, wie von zuverlässiger Seite gemeldet wird, der Beschluß gefaßt, sich mit allen möglichen Waffen zu versehen und unter die Demonstranten zu mischen.

Auch die Kommunisten rühren sich!

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtnachricht.) Als heute nachmittags die Sitzung des Untersuchungsgerichts am Abend verlagert wurde, verließ auch Ledebor, der der ganzen Sitzung beigewohnt hatte, das Reichstagsgebäude. Auf der Straße unterliegen ihm bald seine Anhänger und knüpfen ihm ein heftiges Gerede, was die Einzelnen zu neuen erregten Zusammenstößen mit den Demonstranten gab. Viele trafen sich solange fort, bis die Sicherheitswehr die entstandenen Zusammenrottungen auflöste.

Noch eine Ehrenkompanie für Hindenburg.

WTB. Berlin, 17. November. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern heute vormittag, kurz vor 11 Uhr mit umgendem Spiel eine Ehrenkompanie des Reichsregiments schlesisch-mährisch ausgerückt vor der Villa des früheren Staatsministers Dr. Helfferich und nahm in zwei Gliedern Aufstellung. Auf die Verbindung des Führers der Kompanie trat General-Feldmarschall von Hindenburg mit einhundert Schritt heraus und schritt die Front der Ehrenkompanie ab, tie darauf mit umgendem Spiel im Paradezug auf Hindenburg zurück. Nach Erlangung von vollständiger Seite ist anzunehmen, daß es sich hierbei um ehemalige Angehörige des Reichsregiments Württemberg, das nicht mehr besteht, handelt. Die Polizeibeamten hinter den Anmarsch der Ehrenkompanie nicht, da sie glaubten, daß es sich um einen offiziellen Akt handle.

Feststrafe für den kommandierenden Major.

Berlin, 17. November. (Eig. Drahtnachricht.) Gegen den Major von Kühn, der am Montag eine Truppenabteilung in die Stützstrafe führte, ohne dazu besonderen Befehl von seiner vorgehenden Dienststelle erhalten zu haben, verfügte der Reichswehrminister vorerst eine Geldstrafe.

Gerechte über ein Attentat auf Ledebor.

WTB. Berlin, 17. November. (Eig. Drahtnachricht.) Heute nachmittag wurden drei Militärpersonen von Beamten der Sicherheitswehr in Schutzhaft genommen, da sie angeblich vor dem Reichstag ein Attentat auf Ledebor ausüben wollten. Die sofortigen Feststellungen ergeben, daß von der Wahrscheinlichkeit eines Attentats nicht die Rede sein könne.

Das fiaste Awalow-Bermonds.

WTB. Berlin, 17. November. (Eig. Drahtnachricht.) Das Oberst Awalow-Bermonds hat mit seinen Truppen dem General von Oberhardt unterstellt hat, bekräftigt ist. Der Zustand der Awalow-Bermonds-Truppen ist noch unübersehlich. Doch scheint unter ihnen eine harte Verwirrung zu herrschen. Die wehrmäßige Reglung ist aufzulösen.

Der Grafen Bernstorff empfangen müssen. Auch als Feind Deutschlands hat er noch die beiden Köpfe erhalten, wie verdammt. Mit seinen 18 Partnern hat er ans aber schuldig im Götze spielen. In Preußen war davon nicht mehr die Rede. Wenn von einem geschlagenen Polen von

seiner Seite gesprochen wurde, so konnte es sich nur um die Wiederzunahme von Konrad Adenauer von preußischen und österreichischen Seiten handeln. Ein bishiger Geschäftsdirektor war er doch und von einer Zeitung Bolens hat er doch wohl etwas lauten gehört.

Dr. Einzhemer: Graf Bernstorff hat erklärt, daß er überzeugt war, daß die Entente ohne Amerikas niemals besiegt haben würde und daß der Beitritt Amerikas zu unseren Gegnern uns die Katastrophe bringen mußte.

Graf Bernstorff: Ich habe gemerkt, daß Wilson und die amerikanische Öffentlichkeit uns nicht freudlich gefaßt waren. Unter diesem Gefühl der Unfreundlichkeit hätte ich gerade in Washington zu leben. Unsere Absichten gehen nur insofern ein, wie wir uns gegenüber dieser Unfreundlichkeit zu verhalten hätten. Und es war ich der Ansicht, daß es nur eine Möglichkeit gab, die Bereinigten Staaten aus dem Kriege herauszureißen, nämlich ihre Bemittlung anzunehmen.

Hätten wir das getan, so hätte Wilson den Krieg gegen uns nicht erkennen können, selbst wenn er ihn gewollt hätte. v. Behrmann hat dies nicht gesagt. Die Absicht des Grafen Bernstorff für den ausschlaggebenden Moment.

Wilson konnte den Krieg gegen Deutschland nur vermeiden, wenn er den Frieden bemittelte. Ausständig könnte man es ja jetzt so halten, daß es besser gewesen wäre, uns in die Hände des Wilsons zu begeben, obwohl nach seiner Meinung auch der Eintritt Amerikas in den Krieg es nicht nötig gemacht hätte, daß wir zum Frieden von Versailles taugen. Aber wenn wir uns damals in Wilsons Hände gegeben hätten, so hätten wir uns in die Gewalt eines Mannes gegeben, der nach Aussage Bernstorffs uns nicht freudlich gefaßt war, der unmittelbar nach der Suffrage-Vote Bernstorff mitteilen ließ, daß er gegen England nichts machen könne,

weil es den Geschäftsinteressen Amerikas zu widersprechen würde, wenn wir Wilson als Schwächling annehmen, müßten wir jede von ihm gestellte Bedingung annehmen. Eine Ablehnung hätte bedeutet: Erneuerung des Krieges mit der Entente.

Nachmittagsgespräch.

Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen äußerte sich Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich zu den wirtschaftlichen Fragen dahin, daß angeblich der nächsten Ernte von 1916 er den Einkauf hat, daß eine größere Erzeugung der Erzeugung Englands vorhanden war. Die Welterte war ungenügend. Englands Ernte war ungenügend und die der Vereinigten Staaten und Kanadas war geradezu katastrophal. England zahlte an die Vereinigten Staaten enorme Preise. Aber die Zufuhr ging allmählich zurück. Das Einzige, was ich im Zusammenhang damit in Aussicht gestellt habe, war die Hoffnung, England zum Frieden bereit zu machen. Die betrachte speziell die Situation der Nahrungsmitteleversorgung Englands im Januar ungemein viel günstiger für den U-Boot-Krieg als zu einem anderen Zeitpunkt des Jahres. Trotzdem habe ich mich gegen den U-Boot-Krieg am 1. Februar ausgesprochen. Als Abg. Dr. Cohn von Dr. Helfferich die Verantwortung der Frage erbat, ob von England noch die eingeführt wurde, und der Vorsitzende Gothein sich diese Frage zu eigen machte, erklärte Dr. Helfferich, er werde dem Vorsitzenden auf die Frage antworten. In diese Bemerkung knüpft sich

eine längere Auseinandersetzung zwischen Dr. Cohn, dem Vorsitzenden und Dr. Helfferich.

Dr. Warmuth hätte es für nötig, jetzt die Erklärung Dr. Helfferichs zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung zu verlesen, worauf der Vorsitz sich um 5 1/2 Uhr zur Beschlußfassung zurückzogen.

Nach einhündiger Beratung verkündete der Vorsitzende als Beschluß des Ausschusses den Antrag des Abg. Warmuth, die Einsprüche des Zeugen Dr. Helfferich gegen den Strafbeschuß vom Sonnabend zu verlesen mit 4 zu 2 Stimmen bei Stimmenthaltung von Dr. Cohn abzulehnen und den Staatssekretär Dr. Helfferich wegen wiederholter Zeugnisverweigerung wieder in die höchst zulässige Strafe von 300 Mark zu nehmen. Das Stimmverhältnis bei diesem Beschluß war das gleiche wie in der Begründung. Dr. Helfferich hat das Einspruchsrecht gegen diesen Beschluß.

Dr. Helfferich: Die Wirkung des U-Bootkrieges war so hart, daß nach einigen Monaten heftige Symptome einer Friedensbereitschaft bei den Feinden vorhanden waren.

v. Behrmann soll vorgestern mit dem Admiralstab bei seinen Berechnungen nie davon

Wichtig ist eine Wiederkehr der Wilsonschen Friedenspolitik.

die Geheimhaltung des U-Boot-Befehles lediglich die Fernhaltung aller militärischen Sanktionen von diesem Kriegsmittel im Auge gehabt hat.

Das die Reichstagspartien niemals im unklaren darüber gewesen seien, daß der U-Boot-Krieg im Krieg mit Amerika nach sich ziehen würde, ist eine Behauptung. Sollte der Ausschuss in dieser Beziehung noch Zweifel hegen, so brauche ich, daß die stenographischen Berichte über die Sitzungen der Ausschusskommission, welche sich mit dem U-Boot-Krieg in seinen verschiedenen Phasen befaßt hat, zu Rate gezogen werden. Trotz ihrer Kenntnis von der Bedeutung des U-Boot-Krieges gegenüber Amerikas ist ein:

kompatte Reichstagsmehrheit Anhängerin des U-Boot-Krieges

gemein. In fernem Verlauf der Sitzung des Untersuchungsausschusses erklärte Vorsitzender Gothein, v. Behrmann soll heute gesagt, die Haltung unseres Friedensangebotes wäre ein Kompromiß gewesen, und dadurch wäre seine Wirkung beeinträchtigt worden. Nun kam noch hinzu die Rede des Kaisers in Wilhelmshaven vom 13. Dezember. Sie habe gewissermaßen ein Kommentar zum Friedensangebot dargestellt und hat seine Wirkung noch mehr beeinträchtigt.

Dr. Helfferich: Trotzdem war die Linie unseres Friedensangebotes klar. Ein Versehen in der Taktik hat das Schicksal der Welt nicht bestimmt. Auch ein kleiner Unterschied in der Aufmachung hätte die Lage nicht geändert.

Unser Friedensangebot ist und bleibt eine Kuhstalt des deutschen Kaisers

des deutschen Volkes. Das geht auch aus der Postkarte des Kaisers hervor. Was geht auch aus der Postkarte des Reichspräsidenten Wilson. Wir haben beim WTB wegen der Kaiserrede nachgehört. Es hat sich kein Anhalt dafür finden lassen, daß von Auswärtigen Amt eine Mitteilung über die Rede an WTB abgegangen ist. Das Original des Telegramms mit der Kaiserrede, auf Grund dessen die Rede an das Ausland weitergegeben wurde, ist bei der Besetzung des WTB durch die Spartealken abhandeln gekommen. (Allgemeine Beifall.)

Professor Bonn: Bei der Beurteilung der Haltung des Reichspräsidenten Wilson ist als wichtig festzustellen, daß er es ursprünglich abgesehen hat, an den Friedensverhandlungen selber teilzunehmen. Der Weltkrieg war abhängig von dem Inhalt der Friedensbedingungen. Auch auf die politischen Verhältnisse sollte sein Wort gelten, wonach kein Machtgeber ein Recht habe, einen Bevölkerungsteil, wie eine Nation in einen anderen Machthaber abzugeben. Das Entscheidende bei den Friedensbedingungen war, daß Wilson ausdrücklich erklärte, er wolle

keinen Gewaltfrieden, sondern einen Frieden ohne Sieg. Vorhergehend Gothein: Die Mehrheit der Öffentlichkeit und der Presse, auch Gerüchte und Falsch haben Wilsons Botschaft für eine brauchbare Grundlage gehalten.

Dr. Helfferich: Es ist ein offensichtliches Faktum, daß die Postkarte verlesen beurteilt wurde. Herr v. Behrmann soll heute den Versuch gemacht haben, es zu vermeiden, wenn er trotzdem noch Versuche machte. Sollte Wilson wirklich zum Frieden kommen, denn hätte er menschenwürdig



England auf die Knie zu zwingen. Er hat am 22. Januar in der Reichstags-Sitzung die Garantie übergeben, England freundschaftlich zu wollen. Als aber das Reich die Entscheidung über die Garantieverpflichtung nicht getroffen hat, hat England dieselbe nicht angenommen, was in England vielfach der Gewöhnung hervorgehoben werden könnte, einen Frieden dem formalesten Trugwerkzeuge vorzuziehen.

Auf den Hinweis des Abg. Schilling, daß man in Desterreich-ungarn zuerst gegen den U-Boottreibe par und erst nachträglich Selbsthilfe erklärte, er werde lieber zum Frieden sagen, erklärte Dr. Zimmermann, daß Selbsthilfe nicht möglich sei, daß er England freundschaftlich eingetreten sei und erklärt habe, daß er England freundschaftlich eingetreten werde, daß es auf den Frieden einging. Nach demselben als Selbsthilfe erklärte, daß es sich um die U-Boottreibe. Graf Tisza dagegen äußerte Bedenken.

Morgen wird mit der Vernehmung des Generalstaatsanwalts v. Sindingen und General-Lubendorff begonnen werden.

Das Verkehrsland.

WTZ. Berlin, 17. Nov. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die Ungunst der Witterung leidet in immer größerer Maße den Eisenbahnverkehr und droht die Beförderung, die in den letzten beiden Wochen für die Kohlenabfuhr aus den großen Häfen an der Ruhr und in Oberbayerien eingeleitet war, zu einem großen Teile zu unterbrechen. Der Verkehr im Eisenbahnverkehr ist in der vergangenen Woche im allgemeinen noch möglich, an der Ruhr 17 000 Waggons (eigentlich 100 000 mehr als regelmäßig angeordnet), in Oberbayerien 5 000 Waggons für die Kohlen, Reis und Getreide zu stellen. Während in Oberbayerien die Beförderung sich einigermaßen gehalten hat, ist an der Ruhr, wo der Eisenbahnverkehr sehr unter den Witterungsbedingungen zu leiden hatte, der Bestand an Leerwaggons erheblich zurückgegangen, so daß auch die Waggons für den nächsten Morgen ungenügend beeimhalten werden wird. Die Karlen Rückstände, die durch die Witterung im ganzen Eisenbahnverkehr entstanden sind, und die überall auftretenden großen Verzögerungen haben auch eine erhebliche Verlangsamung des Umsatzes der beteiligten Eisenbahnen zur Folge, so daß die bühne Beförderung in den letzten beiden Wochen sich in den Empfängergebieten nicht so schnell bemerkbar machen kann.

Die Vorbehalte des amerikanischen Senats.

WTZ. Versailles, 17. Nov. (Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus New York hat der amerikanische Senat 10 von den 11 vorgeschlagenen Vorbehalten angenommen. Vorbehalt 5 stützt die Prokuratorkommission. Vorbehalt 6 führt den Vereinigten Staaten das Recht weiser Freiheit bei Handlungen in den einschlägigen Angelegenheiten zu. Vorbehalt 7 bestimmt, daß nicht der Präsident, sondern der Kongreß die Vertreter Amerikas für den Völkerbund ernannt. Vorbehalt 8 bestimmt, daß dem Kongreß alle Entscheidungen der Wiedergutmachungskommission, insofern sie die Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Deutschland betreffen, vorgelegt werden müssen. Vorbehalt 9 stellt fest, daß Amerika sich an der Anbringung des Haushalts für den Völkerbund nur mit Genehmigung des Kongresses beteiligen kann. Vorbehalt 10 fordert dem Kongreß das Recht zu, die Mitgliedschaft der Vereinigten Staaten zu verweigern im Falle einer weiteren Entscheidung. Vorbehalt 11 gewährt dem Vereinigten Staaten das Recht, amerikanische Staatsbürger zu scheiden, geschäftliche Verbindungen mit einem Staat anzufachen zu erhalten, der mit den Bestimmungen des Völkerbundes in Widerspruch geraten ist.

Preussische Landesversammlung.

WTZ. Berlin, 17. Nov. 83. Sitzung. Am Ministerialrat: Sitz. Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Die Anträge der Sozialdemokraten betreffend die Durchdringung der böhmen westlichen Gebiete im französischen Sinne wird morgen beantwortet werden.

Die zweite Beratung des Haushalts der preussischen Regierung wird fortgesetzt.
Abg. Hoff (Ztr.): Der Abg. Graef hat in seiner Artikel den Boden der Sachlichkeit verlassen. Es war eine gutartige Agitationssache. Die Wehrverpflichtung haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen, nicht zu einer Gefährdungsgemeinschaft. Sie haben sich volle Bestimmungen und Entscheidungsbefugnisse vorbehalten und erreicht. Sie haben die

Not des Volkes über die Parteinteressen gestellt. Die Sicherung des wirtschaftlichen Lebens bedarf nach wie vor erhöhten Schutzes. Eine weitere wichtige Aufgabe muß der Eöhung und die Stärkung des Aufbaus in den böhmen Gebieten sein. Die böhmen Landesregierung müssen zusammenarbeiten, um den Aufgaben der Zukunft zu genügen.
Abg. Dominicus (Dem.): Mit der Erklärung des Ministerpräsidenten sind wir unerwartet. Es will uns nicht nur demagogisch erscheinen, die Regierung für einen Felsen wie Hindenburg künstlich auf gewisse Teile der Bevölkerung konzentrieren zu wollen. Mit Teufel erfüllt uns die Verleumdung, die durch die antisemitischen Hebe betrieben wird. Mit der finanziellen Wichtigkeit kann es so wie bisher nicht weitergehen. Es muß größere Sparbarkeit walten.

Den Antrag der Unabhängigen, den 9. November zum Feiertag zu erklären, lehnen wir ab. Die sozialistischen Beamten, die vom Reich nicht untergebracht werden können, müssen in den preussischen Staatsdienst aufgenommen werden. Dem Eisenbahnminister. Erst morgen wird bekannt, daß die Eisenbahnverwaltung sich dem Reich nicht untergeben hat. Gegenüber dem

großhändlerischen Problem

halten wir fest an der Meinung, daß jetzt nicht die Zeit für die Bildung eines neuen Bundesrates gegeben sein kann. Ein unfürsorglicher Verdienst der Regierung ist es, daß sie es verschlafen haben, den Bepflichtungs einer kleinen Minderheit und die Annahme zu verweigern.

Abg. Endwig (N. E.): Wir verurteilen das Vorgehen des Reiches in Desterreich. Es hat dem deutschen Gedanken sehr geschadet. Den

Isnuodderigen Ton, den der Minister Felac aus gegenüber ausläßt,

vertritt mir uns. Die Landesversammlung gibt nicht mehr die Stimmung des Volkes wieder. Wir fordern Neuwahlen.

Minister Dr. Siebelmann: Amerika hat es ausdrücklich abgelehnt, an irgendeiner Konferenz teilzunehmen, auf der die Sozialregierung vertreten ist. Die Interventionen würde namenlos über uns bringen. Aber dieselbe Konferenzpolitik, die uns nur noch tiefer in den Abgrund führen würde, wird auch auf der Rechten betrieben. Man hat jemand im Ernst, daß die Rechte die Wiedereinführung der Herrschaft des Kaisers zulassen würde? Wer die Monarchie das politische Kleid der Deutschen nennt, kennt die deutsche Geschichte nicht. Unsere Aufgabe muß sein,

frei zu werden von dem uns aufzunehmenden Friedensvertrag.

Deutschland muß sich frei hungern, frei frieren, frei denken, frei arbeiten. Das deutsche Volk hat seit dem 9. November bis heute Bemühen und Bemühen geleistet. Die eigenen politischen Aspirationen muß man jetzt unterordnen dem Bedürfnis der Weltfriede. Auch die Rede-mittel im Parlament sollten etwas weniger in die Richtung gefasst werden. Man setzt, kurz vor Weihnachten, ist der Staatshaushalt nicht durchgeraten. Keine Konsumpolitik! Keine Handlungen von links und keine Verkirchungen von rechts! (Beifall.)

Abg. Leibig (N. E.): Es wäre erwidert, wenn uns einer der bürgerlichen Minister Bescheid gibt über ihre Stellung in der Koalitionsregierung. Viellecht wollen es die Herren nicht. Die Regierung, die doch nur ein Vollzugsorgan der Landesversammlung ist, läßt sich mit der Veröffentlichung der hier beschlossenen Gesetze übermäßig lange Zeit. Der Einfluß Preussens auf die Reichspolitik ist leider viel zu gering. Unsere Partei will sich dem Scheitern nicht ergeben. Die Erziehung der Reichsfinanzpolitik muß zum Selbständigung der einzelnen Staaten führen.
Abg. Dr. Hoehlich (N.): Es muß alles geschehen, um uns Preussens nicht zu entfremden. Die finanzielle Reformpolitik, die die Revolution erzeugt hat, machen wir nicht mit. Die Erlösung der Stützen wünschen wir nicht auf Kosten unseres Volkes. Wir erwarten, daß die Regierung die Grenze einer Einmündung zieht.
Dienstag 10 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen.
Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Strafantrag gegen die „Voll“

WTZ. Berlin, 17. November. Wegen verkehrswidriger Beleidigung des Generals von Eck in einem Artikel vom 12. November hat der Reichsjustizminister gegen die „Voll“ Strafantrag gestellt.

Die Aufhebung der kommunikativen Zentrale in Leipzig. Leipzig, 17. November. Die Aufhebung der Kommunikativen Zentrale in Leipzig erfolgte im Hinblick auf das Verbot der Anschläge auf den Leiter der Reichspost. Die Zentralstelle der kommunikativen Zentrale in Leipzig wurde aufgelöst. Der Leiter der Zentralstelle ist in der Zentralstelle geblieben. Nachdem bei ihnen früher behaltendes Material gefunden worden war. Ein weiterer, der der Zentralstelle an dem Anschlag stark verdächtig ist, wird gesucht.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Berlin, 17. Nov. Vormittagsziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie: 10 000 Mt. auf Nr. 18 215, 35 161; 5000 Mt. auf Nr. 3077, 18 203, 70 603.

Ausland.

Die Wahlen in Belgien.

Brüssel, 17. November. In öffentlichen Kreisen wird bestätigt, daß die Katholiken am gestrigen Wahlsonntag etwa 15 Proz. der Wähler in der Sozialisten eingestimmt haben. Die Zeit der Ruhe der Katholiken wurde demnach von 9 auf 24 Minuten sich. Immerhin würde die Partei Rechte die bedeutendste Gruppe des Parlaments bleiben.

Halle und Umgebung.

Halle den 18. November 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Deutscherdemokratische Anfrage wegen der Gaspreise. Gasabgabe nur noch von morgens 6-7, abends von 6-8 Uhr. — Völlige Einstellung der nächtlichen Straßen-Basabehaltung.

Der Vorsitzende Henning teilt mit, daß nächsten Montag die und beiden Stadträte, die inzwischen von der Regierung besetzt sind, eingeleitet werden sollen. Eine Gasabgabe des Bundes zur Entlastung und Wiederherstellung der Wirtschaft in den nächsten Tagen. Immerhin würde die Partei Rechte die bedeutendste Gruppe des Parlaments bleiben.
Der Vorsitzende Henning teilt mit, daß nächsten Montag die und beiden Stadträte, die inzwischen von der Regierung besetzt sind, eingeleitet werden sollen. Eine Gasabgabe des Bundes zur Entlastung und Wiederherstellung der Wirtschaft in den nächsten Tagen. Immerhin würde die Partei Rechte die bedeutendste Gruppe des Parlaments bleiben.

Der Vorsitzende Henning teilt mit, daß nächsten Montag die und beiden Stadträte, die inzwischen von der Regierung besetzt sind, eingeleitet werden sollen. Eine Gasabgabe des Bundes zur Entlastung und Wiederherstellung der Wirtschaft in den nächsten Tagen. Immerhin würde die Partei Rechte die bedeutendste Gruppe des Parlaments bleiben.

das Publikum Rechnung zu fragen wollen und sich ihr Stamm-publikum beten. Die Bezahlung von 100 000 Mt. werden werden, werden mühen, mühen, 100 000 Mt. sollen werden. Die Bezahlung eines Geldstückes im Volkstanz gute Erfolgszeit, so hat das dort an besonderen Umständen. Die sozialdemokratische Partei legt eben in das eine große Rolle alle ihre Veranstaltung.

Sto. Albert (Unabh.): Nach jeder Partei ist nicht nicht auf, die solche Betriebe der Privatbesitzern entzogen werden. Aber die Gerechtigkeit soll denn doch zu sein. Die Stadt muß aus den verböhlten Besitzungen mehr herausheben, und sie muß sich auch mehr für ihre Wirtschaft bemühen. In der Hinsicht, so hat man im letzten Jahre der Arbeit sehr auf der Höhe, aber nicht das, was bisher geübt wurde. Inveniar ist auch bei den Arbeitern.

Sto. Albert (Unabh.) und Sto. Gerig (Wehrheitslos) erklären sich zu dem Antrag, das städtische Wirtschaften immer nur von der Stadt selbst zu betreiben. Die städtische Wirtschaft, wenn es (denkmal) nennt es einen Sprung ins Dunkle, wenn es die Stadt selbst und den Zoo durch Betriebs-führer betreiben läßt. Die Zeit ist nicht dazu anzureichen, diese Experimente zu machen. Das Interesse der Steuerzahler liegt eben den Antrag des Antrag.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

Die Wasserversorgung wird im Sinne des Antrages des Antragstellers mit allen gegen die Stimmen der Deputierten angenommen, also Eigenbetriebung beschlossen. Die städtische Wasser-Versorgung ist dem Wasserwerk übertragen und die Wasserwerke selbst zu übernehmen. Der Wasserwerk muß aus der Stadt selbst mitteilen, was während im letzten Jahre vertragen wurde.

